

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

160 (14.7.1931)

immer mehr verarme, wobei letzten Endes nicht nur Deutschland allein den Schaden zu tragen haben werde, sondern die ganze Welt, da Deutschland immer weniger in der Lage sein werde, zu importieren, also Lebensmittel, Rohstoffe usw. aus dem Auslande zu kaufen. Die Folgen müßten sich dann diejenigen zuschreiben, die die mißliche Lage Deutschlands nicht erkannt und den Erfordernissen der Lage keine Rechnung getragen hätten.

Die Verderber des deutschen Volkes einig

Die vereinte Opposition der Rechts- und Linksradikalen aller Schattierungen, sonst Gegner und Schwärzer des Parlaments, drängt angesichts der kritischen Lage des Reiches wieder einmal auf Einberufung des Reichstages, wahrscheinlich, um neuen Kadavru zu inszenieren, denn daß von der Einberufung des Reichstages in diesem Augenblick der finanziellen Notlage irgendwelche Hilfe nicht zu erwarten ist, liegt doch auf der Hand. Es bleibt also nur die Absicht der vereinten Opposition, vor der Welt neuen Spektakel zu erstreben. Wie sich das auswirkt, haben wir in den letzten Monaten leider zu oft erfahren müssen. Das Ausland würde neues Mißtrauen schöpfen, so daß die Situation für den Fall der Einberufung des Reichstages noch kritischer würde, als sie es an sich schon ist.

Das Ziel der sozialdemokratischen Politik läuft darauf hinaus, den Verderbern Deutschlands das Handwerk zu legen. Ihre Haltung gegenüber den Anträgen auf Einberufung des Reichstages ist deshalb ohne weiteres gegeben.

Die Deutsche Volkspartei als Zuhälterin der Verderber Deutschlands

Die Deutsche Volkspartei läßt angesichts der schwierigen Lage Deutschlands durch ihr parteiintliches Organ die Forderung nach der Bildung eines Konzentrationstabinetts erheben, in dem neben Sozialdemokraten auch Nationalsozialisten sitzen sollen. Wir haben für die Situation wahrhaft alles Verständnis und sind entschlossen, jeden Weg, der mit einmütiger Aussicht auf Erfolg zu einer Binderung der Not führen könnte, mitzugehen. Aber dieses Ziel ist nur gegen und nicht mit den Verderbern Deutschlands, den Nationalsozialisten, zu erreichen. Was die Volkspartei propagiert, biete Deutschland vollends an den Abgrund bringen und den Kredit, den die deutsche Sozialdemokratie heute noch als einzige Partei im Auslande besitzt, lahmstertig verschmerzen. Eine besondere Illustration erklärt die Forderung der Deutschen Volkspartei schließlich noch dadurch, daß sie sich im gleichen Augenblick, in dem sie durch die Bildung eines Konzentrationstabinetts zur Einigkeit und Geschlossenheit aufruft, sich auf die Seite des Stahlhelms und der Nazi stellt, und mit ihnen zum Kampf gegen den einzigen Hort der deutschen Republik, gegen die preußische Staatsregierung aufruft.

Das Bankkonto des Hitlerführers bei der Danatbank

Berlin, 13. Juli. (Eig. Draht.) Die Nachricht von den Vorgängen bei der Danatbank brachte schon in den frühen Morgenstunden große Unruhe in die Berliner Bevölkerung. Der Andrang vor den Kassenscheitern sämtlicher Banken war bereits bei Öffnung der Geschäfte sehr groß. Von einer Panikmühen kann man aber bis jetzt nicht sprechen. Hin und wieder kam auch der Rumor zu seinem Recht, so, als vor einem Schalter bekannt wurde, daß ein

nationalsozialistischer Visitator durch seine Frau

Danatbank ein großes Guthaben unterhält. Die Auszahlung erfolgte im Umfang 100 Prozent, mit stärker werdendem Andrang konnten die Banken aber die Anforderungen nicht befriedigen, und so traten in vielen Stadtbezirken von Stunde zu Stunde Verkürzungen der Auszahlungen um etwa 10 Prozent ein, bis die Auszahlungsquote gegen Mittag bei den einzelnen Banken zwischen 3 und 20 Prozent schwankte. Vielfach hielten sich auch die Bankfilialen, indem sie Schecks auf die Zentralen ausstellten. Bei anderen Banken wurden gegen Schluß der Kassentunde ohne Rücksicht auf den angeforderten Betrag jeweils 50 bis 100 Mark ausbezahlt. Von Zahlunseinstellungen ist bis jetzt nichts bekannt geworden, bis auf den Fall des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co., das einstweilen von Auszahlungen Abstand nahm.

Sparguthaben nicht gefährdet

Gegen die Angstabwehungen

Berlin, 14. Juli. (Funkdienst.) Der Präsident des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Kleinert, richtete am Montag abend einen warmen Appell zur Beruhigung an die Sparer. Er erklärte unter anderem:

„Es ist eine vollkommen unbegründete Fehlvorstellung, daß Einlagen, wenn man sie bei den Sparkassen beläßt, verloren gehen könnten, das Gegenteil ist der Fall. Die den deutschen Sparkassen durch die Sparer zur Verfügung gestellten Mittel sind in erstklassigen Werten wie in Hypotheken, Pfandbriefen usw. angelegt. Nur 10 Prozent der in Sparkassen anvertrauten Gelder sind nach den gesetzlichen Bestimmungen sofort greifbar bereit zu halten. In normalen Zeiten reicht eine Reserve von 10 Prozent völlig aus. Bei Angstabwehungen wird aber dieses Ausmaß an flüssigen Mitteln sehr bald aufgebraucht. Dabei bleibt den Sparkassen, wenn sie nicht von heute auf morgen die Sparrenten usw. kündigen wollen, nichts anderes übrig, als diese 10 Prozent Liquiditätsreserve auf möglichst viele Sparkassen umzulegen. Die Kündigung von Krediten würde die außerordentliche Verschärfung der Wirtschaftskrise im Gefolge haben. Wollten die Sparkassen außerdem keine gleichmäßige Verteilung der 10prozentigen Reserve vornehmen, so würde das eine Benachteiligung derjenigen Sparer darstellen, die zufällig zuerst zur Abhebung gekommen sind. Die Gelder sind bei den Sparkassen sicherer, als wenn man sie abhebt; denn dann könnten sie zu Hause oder in der Brieftasche oder auf irgend eine andere Weise abhanden kommen. Mit Nachdruck muß auch betont werden, daß nicht die geringste Inflationsgefahr besteht.“

Es kommt jetzt alles darauf an, eine ruhige und besonnene Haltung zu zeigen. Die Kreditinstitute sowie die Behörden werden dafür sorgen, daß Löhne und Gehälter in vollem Umfange und ohne Verzögerung ausgezahlt werden. Dabei möchte ich jedem, der sein Geld nicht unbedingt und dringend braucht, raten, von Abhebungen abzusehen.

Umwälzung im Zeppeleinbau

Der Chefkonstrukteur der Zeppeleinbau-Gesellschaft, Dr. Ludwig Dürr, machte einem Vertreter der DZJ nähere Mitteilungen über das neue Zeppeleinbauschiff Z 128, das in wesentlichen abgewandelter und gedrungener Form erbaut und mit Rohöl im Inneren versehen wird. Das Luftschiff, das mit Heliumgas gefüllt wird, kann neben Besatzung, Post und Fracht bis zu 100 Tonnage mitnehmen.

Zusammenbrechender Wahn

Die Deutsche Reichsbank hat seit den Hitlerwahlen im September 1930 von ihrem Gold- und Devisenbestand in Höhe von 4 Milliarden Mark bis Mitte Juli schätzungsweise 3 Milliarden Mark verloren. Das macht erst die Dinge begreiflich, die sich im deutschen Bankgewerbe abspielen. Dieser Verlust verdeckt erst die Tatsache, daß eine der größten deutschen Kreditbanken, die Danatbank, am Montag ihre Schalter nicht mehr öffnete und die Reichsregierung sich bereit erklärte, für die Verpflichtungen der Bank einzutreten, um die Schließung von Dutzenden und aber Dutzenden von Fabriken und Handelsbetrieben zu verhindern.

Diese Tatsache bedeutet nicht, daß das Reich etwa für die Aktionäre und Teilhaber der Bank eintritt. Daran denkt kein Mensch. Sondern diese mögen sehen, wie sie zu ihrem Geld kommen, das vermutlich verloren ist. Was das Reich jedoch will, das ist, zu vermeiden, daß Inanspruchnahme getroffen werden. Leute, die mit gutem Glauben auf die Größe der Bank ihre Sparpennungen, ihre Gelder für Arbeitsplätze, ihr Vermögen zur Aufbeahrung usw. zur Bank brachten, sollen nicht getroffen werden. Für diese Schicht, die ihre Gelder nur bei der Bank niederlegten, also nicht an ihr beteiligt waren, übernimmt das Reich Garantie, um zu verhindern, daß das Volk von diesem Kraach auch mitgetroffen wird.

Daß die Vorgänge der letzten Monate und Wochen, die durch die Geldabzüge des Auslandes, durch die deutsche Kapitalflucht und die immer mehr um sich greifende Flucht der kleinen Sparer in irgend einer Form an den Spitzen unserer konzentrierten, hochkapitalistischen Weltwirtschaft, also bei den deutschen Großbanken landen mußte, verheißt sich von selbst. Wenn es die Danatbank getroffen hat, so spielen hier zweifellos Sondergründe mit. Der Leiter der Danatbank, der aus dem Bremischen stammende Jakob Goldschmidt, den noch der letzte glanzvolle Bankierstag in Köln als „Star“ der deutschen Bankwelt feierte, war ein unternehmungslustiger und wagemutiger Mann. Sein seit etwa 80 Jahren bestehendes Institut war immer vorzugsweise im Industrie-Kreditgeschäft tätig gewesen. Sein Ehrgeiz war, die ausschlaggebende Kreditbank zu werden. Dabei sind augenscheinlich die Mahnungen der Gründer der alten Darmstädter Bank nicht genügend berücksichtigt worden, die im Jahr 1853 empfahlen, das Kreditgeschäft mit der Industrie niemals zu Spekulationen auszuweichen zu lassen. Das Kreditgeschäft der heutigen Danat mit der Industrie ist aber dazu ausgewachsen — und die Börsehaufe, auf die die Bank seit längerem wartete, blieb aus. Der Kursverfall der Industriepapiere muß dem Institut tiefe Wunden geschlagen haben. Dazu kamen Verluste bei großen Industrie- und Handelsfirmen mit Millionenbeträgen, so beim Nordwolle-Konzern, und bei Karstadt. Millionenkredite froren ein, und waren im entscheidenden Augenblick nicht locker zu machen. Wir denken dabei an die Rheinisch-Westfälische Schmelzindustrie. Bei weniger Ehrgeiz und bei größerer Vorsicht hätte man vermeiden können, daß riesige Summen an der Ruhr und bei den heute so gut wie unveräußerlichen Kohlenfeldern und Eisenerzen festliegen. Die anderen deutschen Banken waren auch zurückhaltender bei den Warenbevorzugungen, die bei der Danatbank immer hoch zu Buch standen.

Der Hauptgefahrherd lag aber bei der Danatbank in der Aufbringung der für ihre großzügigen Kreditaktionen benötigten Mittel. Von den etwa 2 Milliarden Mark Fremden Geldern, mit denen die Danatbank arbeitete, dürften 800 bis 900 Millionen Mark aus dem Auslande gestammt haben. Diese Mittel waren zum Teil kurzfristig gegeben. Sie konnten von heute auf morgen, von einer Woche zu anderen und zu Monatsende zurückgezogen werden. Dieses Risiko konnte ein vorsichtiger Disponent auf sich nehmen, wenn er die unbedingte Gewähr dafür hatte, die an die Industrie weitergegebenen Mittel jeden Augenblick zurückrufen zu können. Diese Gewähr schwand für die Danatbank immer mehr, als sich in der Serie der großen Werten Verlust auf Verlust häufte und als das Ausland schließlich stutzig wurde. Schon der Zusammenbruch der Rothschild'schen Kreditbank in Wien weckte Befürchtungen. Man sagte sich, was in Wien vorkommt, kann schließlich auch in Berlin vorkommen. Dann kamen die Ereignisse bei dem größten deutschen Warenkonzern, der Karstadt AG., und schließlich der Skandal bei der Nordwolle. Trotz des Hoover'schen Projektes und trotz der Reparationsstundungen überflutete die Furcht der kapitalistischen Welt alle Dämme. Die Danatbank hat am Montag Juli 250 Millionen Mark Kredite zurückgezahlt, im Monat Juni rund 300 Millionen Mark und während des letzten Jahres insgesamt fast 1 Milliarde.

Bemerkenswerte Schweizerische Stimmen

Die Neue Zürcher Zeitung befaßt sich einachend mit der deutschen Finanzkrise und betont im Zusammenhange mit der Meldung, daß Amerika und England der deutschen Regierung zu verstehen gegeben hätten, daß sie nicht ohne Frankreich das Risiko neuer Kredite eingehen könnten. Es sei nun nicht etwa so, daß die Reichsregierung den amerikanischen und englischen Rat zu einer Verständigung mit Frankreich mißachten würde. Dr. Brüning selbst hat eben nicht in der Lage, diesen Rat zu befolgen und habe ihn daher mit jener Demarche beantwortet, bei der die Hilfskritik broschung ausgesprochen worden sei, eine Taktik, die man bisher nur in der Innenpolitik angewandt habe, die nun aber auch auf die auswärtige Politik übertragen worden sei, gewiß nicht leichtfertig, sondern notgedrungen.

Weiter befaßt sich das Blatt mit den politischen Forderungen Frankreichs und sagt, es wäre verfehlt, wenn man die Haltung der Reichsregierung gegenüber den französischen Forderungen als reine Prestigepolitik betrachten würde. Alles, was mit dem Komplex Bankerzeugung, d. h. mit der Rücknahmepolitik zusammenhänge, sei eine innerpolitische Machtfrage und wenn das Kabinett Brüning aus innerpolitischen Gründen nicht imstande sei, auf die französischen Forderungen einzugehen, so sei klar, daß es sich in einer überaus ernsten, ja in einer kritischen Situation befinde.

England untersucht seine Wirtschaftskrise

London, 13. Juni. Der Bericht des von der Regierung zur Untersuchung von Finanz- und Industriefragen eingesetzten Ausschusses wurde heute nachmittags veröffentlicht. Der Ausschuss kommt darin zu dem Schluß, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in der Hauptsache nicht auf geldtechnische Faktoren, sondern auf ungewöhnlich große und schnelle Veränderungen außerhalb der Geldsphäre liegender Erscheinungen zurückzuführen sind. Die englischen Schwierigkeiten seien noch durch die verhältnismäßige Ueberwertung des Pfund Sterling bei der Rückkehr zum Goldstandard und die spätere Unterwertung bei der französischen und belgischen Stabilisierung vergrößert worden.

An positiven Verträgen zur Behebung der gegenwärtigen Depression schlägt der Bericht u. a. eine planmäßige Kontrolle des Preisniveaus in Zusammenarbeit mit anderen Ländern vor. Es wird angeregt, daß die Banken ihren Teil zur Verbesserung der

schickschen Kreditbank in Wien wecke Befürchtungen. Man sagte sich, was in Wien vorkommt, kann schließlich auch in Berlin vorkommen. Dann kamen die Ereignisse bei dem größten deutschen Warenkonzern, der Karstadt AG., und schließlich der Skandal bei der Nordwolle. Trotz des Hoover'schen Projektes und trotz der Reparationsstundungen überflutete die Furcht der kapitalistischen Welt alle Dämme. Die Danatbank hat am Montag Juli 250 Millionen Mark Kredite zurückgezahlt, im Monat Juni rund 300 Millionen Mark und während des letzten Jahres insgesamt fast 1 Milliarde.

Der Geldabzug des Auslandes, die deutsche Kapitalflucht, die Störungen des internationalen Kreditmechanismus, dann aber auch von den deutschen Werten, beruhen aber zu guter Letzt auf psychologischen Gründen. Die anormale Entwicklung auf dem deutschen Geldmarkt setzte mit dem Wahlsieg der Nationalsozialisten am 14. September ein. Seitdem datiert die gesteigerte Kapitalflucht, die Investitionsflucht, des Auslandes. Das schreite die kleinen Sparer zurück. Nicht wir stellen das fest, sondern große Privatbanken haben es für ihre Pflicht gehalten, das in ihren Jahresabschlüssen unumwunden einzugehen. Die ganze Situation wird ja dadurch gekennzeichnet, daß die Reichsbank schon im Jahre 1930 nicht weniger als 1 Milliarde Mark an Gold und Devisen verlor. Wenn die zweitgrößte Partei in Deutschland, die Nationalsozialisten, vor allem das platte Land mit ihrer, vom nationalen Standpunkt aus gesehen, direkt selbstmörderischen Agitation gegen die „Zinsnechtigkeit“ überfluteten und bombastisch die Konfiskation der Bankgelder ankündigten, dann mußte das gewisse Wirkungen auf das Ausland haben.

Gewiß treten derartige Phrasen wie unsere nationalsozialistischen Wandlerredner auch in anderen Ländern auf. Aber dort sind sie eben nicht die zweitstärkste Partei, und in jenen Ländern haben immerhin bedeutende Kreise der Industrie und der Finanzwelt niemals so getan, als ob sie mit den Nationalsozialisten, die die Konfiskation ausländischer Gelder predigten und den Bürgerkrieg an die Wand malten, Sympathie hätten, während das in Deutschland der Fall war und ist. Die Launen, die den Kraach bei der Nordwolle auf ihrem Konto haben, hielten nicht nur ultra-radikale Rechtsblätter aus, sondern sie haben die Hitlerpartei auch direkt finanziert. In den Büros der Schwerindustrie sind die Jünglinge mit Stahlhelm- und Hakenkreuzabzeichen das gefährlichste Kind, das weiß man im Ausland alles.

Wenn man nun aber im Ausland weiß, daß die mit den Nationalsozialisten sympathisierenden industriellen Kreise in Deutschland nichts mit der Konfiskation von Bank- und Börse fürchten zu tun haben, und mehr auf Lohnabbau und Drosselung der Sozialpolitik hingen, so konnte der ausländische Kapitalist, der doch nur eine Sorge, die Sorge um sein Geld kennt, nicht übersehen, daß sich hier eine Entwicklung vorbereitete, die einmal zum Kampfe aller gegen alle in Deutschland führen könnte, wobei kein an deutsche Banken gegebenes Geld verloren gehen müßte. Kann das Ausland anders denken, wenn das edle Brüderpaar Hitler-Hugenberg noch vor einigen Tagen im mitten der größten Finanz- und Wirtschaftsnöte des Landes den „endgültigen Kampf gegen das System“ ankündigt? Schließlich hat man auch im Ausland vernommen, daß die staatliche Machtmittel nicht gegen die endgültig gegen derartige nationale Saboteure eingesetzt wurden. Es ist zunächst dringende Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß die Extrazugänge der „nationalen Opposition“ unterbleiben, daß Parademärsche dieser Verderber Deutschlands unterlagert werden, wenn Deutschlands Kredit im Ausland nicht ganz vor die Hunde gehen soll.

Wenn die „nationale Opposition“, deren Name eben so trügerisch ist wie ihre ganze „Politik“, kein Verständnis dafür hat, daß man in einem Augenblick, in dem man die ganze Welt um Hilfe anruft, nicht jedermann vor den Kopf stoßen darf, dann muß ihr das mit allen zur Verfügung stehenden, gesetzlichen Mitteln beigebracht werden, beigebracht werden zur Ehre und zur Rettung Deutschlands vor dem endgültigen Zusammenbruch.

Das Versteck der nationalsozialistischen Mordgefallen

Im Wiener nationalsozialistischen Parteisekretariat gefunden

Wien, 13. Juli. (Eig. Draht.) Der von der Berliner Polizei wegen Ermordung des Reichsbannermannes Schneider in der Elvetenstraße festlich verfolgte Nationalsozialist Rudolf Feder wurde am Montag vormittag bei einer Hausdurchsuchung in der Bezirksgeschäftsstelle des 19. Bezirks der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei verhaftet. Feder verjährt wurde zu leugnen, daß er mit dem gezeichneten Mörder identisch sei. Er gab einen falschen Namen an, gab aber schließlich zu, daß er der Gesuchte sei. Der Polizei sagte er ferner aus, daß er sich nach der Morbtat zunächst in Deutschland längere Zeit verborgen gehalten, dann auf Schleichwegen die österreichische Grenze überschritten habe und schließlich nach Innsbruck gekommen sei. Dort habe er keine Arbeit gefunden und sei nach Wien gefahren. Hier habe er sich durch Gelegenheitsarbeit ernährt, er habe im Freien geschlafen und nur wenn schlechtes Wetter gewesen sei, hätte er im nationalsozialistischen Parteibüro im 19. Bezirk Unterschlupf gesucht.

Vor dem Abgrund

4 Karlsruhe, 14. Juli.

Eigentlich mühten wir im Fetz schwimmen. Seit Jahr und Tag wurde uns seitens der Stahlhelmer und Nationalsozialisten immer wieder verkündet, daß die Reparationen an allem Unglück Deutschlands Schuld seien und daß ein herrliches Zeitalter vor uns erheben würde, wenn diese Zahlungen aufhören würden. Nun sind die Nationalsozialisten und Stahlhelmer gar nicht mit Sabul und Schiefgewahr siegreich gegen Frankreich losgezogen, sondern der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat, veranlaßt durch die furchtbare Wirtschaftslage Deutschlands dem Deutschen Reich einen einjährigen Zahlungsausschub bewilligt und die übrigen in Betracht kommenden Staaten der Welt haben sich diesem Vorschlag angeschlossen. Die Reparationsfrage wäre damit für ein Jahr, abgesehen von den noch zu beratenden technischen Einzelheiten, ausgeschaltet, aber von den herrlichen Zeiten, die uns die Nationalsozialisten bei Ausschaltung der Reparationsfrage prophezeit haben, haben wir noch nichts gemerkt.

Wir sind im Gegenteil auch heute noch inmitten der furchtbaren Wirtschaftskrise, wohl als Beweis dafür, daß es eitel Trug und Schwindel war und ist, wenn die Nationalsozialisten aus nationalsozialistischer Hege heraus, die Reparationsfrage zum Mittelpunkt der Wirtschaftskrise machten. Es ist nämlich nicht wahr, daß die Reparationsfrage der Angelpunkt der Wirtschaftskrise ist und nur allzu furchtbar wird die von uns seit jeder vertretene Auffassung bestätigt, daß die Reparationsfrage nur einen Teil der Wirtschaftskrise trifft, daß jedoch eine Reihe anderer Faktoren die Krise bestimmen, wobei allerdings die nationalsozialistischen Elemente in Deutschland sich eifrig hüten, an den Kern der Sache vorzutreten. Denn würde man an den Kern der heutigen Wirtschaftskrise, soweit er Deutschland betrifft, (die Weltkrisis ist eine Sache für sich als Folge der Rationalisierung und technischen Fortschritts) herangehen, so müßte man als den Hauptverantwortlichen die nationalsozialistische Hege und das Bürgerkriegsstreben verantwortlich machen für die Tatsache, daß heute Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht worden ist.

Wenn wir heute dem Chaos näher gerückt sind als je, so kann sich das deutsche Volk hierfür bei der zähen Politik der deutschen sozialen und nationalsozialistischen Reaktion bedanken. Ist doch ein großer Teil dessen, was die soziale und nationalsozialistische Reaktion in Deutschland seit Jahren als ihren Wunsch proklamiert hat, erfüllt worden. Das Schmaragdertum kann jubeln, daß die Löhne und Gehälter bis zum Existenzminimum herabgesetzt worden sind und die nationalsozialistischen Agitatoren können sich freuen darüber, daß ihrer permanenten Hege gegen die hohen Beamtengehälter der von ihnen gewünschte Erfolg beschieden worden ist. Daß wir wirtschaftlich allerdings dadurch weiter gekommen sind, daß gemäß den Wünschen des deutschen Faschismus Löhne und Gehälter infolge der durch diese Hege herbeigeführten Wirtschaftsschwierigkeiten immer weiter herabgesetzt wurden, läßt sich nicht behaupten, wenn auch vielleicht im verschämigen Kämmerlein mancher nationalsozialistischer Heros, dies als Erfolg seiner Agitation buhen wird.

Ebenso ist die nationalsozialistische Agitation jedoch auch in der Außenpolitik zum Zuge gekommen. Wie wurde doch vor zwei drei Jahren auf Stresemann, auf Locarno, auf Locarno, auf Locarno, welche angeblich das Deutsche Volk in den Abgrund bringen würden. Von den Nationalsozialisten, von den Deutschen, von den Stahlhelmen, ja darüber hinaus wurde mit starken Worten Abkehr von der gerückten Verständigungspolitik Stresemanns gefordert und die auswärtige Politik Deutschlands hat dann nach Stresemanns Tod immer marantener einen Kurs angetreten, der weit abwich von jenem der Tage von Locarno und Locarno. Dem deutschen Volke ist dies vielleicht nicht allzu sehr zum Bewußtsein gekommen. Das Ausland jedoch hat diese Kursänderung sehr wohl gemerkt und heute in der Stunde, wo Deutschland die wirtschaftliche Hilfe des Auslandes braucht, bekommen wir die Quittung nicht nur für die Politik mancher außenpolitischer Geister, sondern auch für die Stahlhelmtage im Westen und Osten und für die Falkenkreuzzugbedingungen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands. Allerdings, die Herren Hitler und Hugenberg können sich freuen mit der Tatsache, wie sehr ihre Politik des Nationalismus furor gemacht hat. Ob jedoch das deutsche Volk behaupten wird, daß es ihm heute nach dem Kurswechsel seit Stresemann besser geht als in der Zeit der Verständigungspolitik vor drei Jahren, das ist eine andere Frage, über die jeder sich selbst Antwort geben wird, wenn er die Zeit der Verständigungspolitik vor drei Jahren mit der heutigen Zeit vergleicht.

Wir haben, gleich jedem Europäer, mit Bedauern die Pariser Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich verfolgt und es als sehr peinlich empfunden, daß Frankreich die großzügige Geistes des amerikanischen Staatspräsidenten nicht mit jenem hohen Eifer weitergab, der in den guten Zeiten unseres republikanischen Nachbarlandes diesen den Beifall der Welt sicherte. Durch die rechtmäßig knauerische Verhandlungsweise Frankreichs ist zweifellos ein gut Teil dessen, was Hoover der deutschen Wirtschaft tun wollte, verloren gegangen. Diese kritische Feststellung gegenüber Frankreich darf jedoch nicht blind machen vor der Tatsache, daß auch Deutschland sein gut Teil Schuld daran hat, wenn wir heute in starken wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Es ist nun einmal so in der Welt, daß kein Staat einem anderen Geld leihen wird, wenn sich dieser Staat vom anderen durch nationalsozialistische Tiraden eines Teiles der Völker bedroht fühlt und gleichzeitig dabei Bürgerkriegsgefahren latent sind. Im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ist es jedoch so. Wenn Deutschland aus seinen Finanzkalamitäten herauskommen soll, braucht es die Hilfe Frankreichs. Frankreich sieht sich jedoch durch die Rüstungswünsche maßgebender Militärs, die allerdings den bunten Rod zum Teil bereits ausgezogen haben, bedroht und hat zudem keine Lust, die Wirtschaft eines Landes zu finanzieren, dessen stark imperialistische Industrierhoren zum Teil eine Bewegung finanzieren, die neben dem Ruß „Deutschland erwacht“ am liebsten einen Waffensieg intonieren, „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“. Dem französischen Volke ist es eben unbegreiflich, daß die Reichsregierung, die sehr wohl alle diese Zusammenhänge kennt, nicht imstande sein soll, sich gegenüber dem nationalsozialistischen Treiben durchzusetzen und sich zum Herren im eigenen Hause zu machen. Eine Regierung, die so schwach sein soll, daß sie sich nicht einmal im eigenen Lande durchzusetzen vermag, ist eben in einem anderen Lande ein Buch mit sieben Siegeln.

nach ist das deutsche Volk schlecht beraten gewesen, wenn es den Ratsschlügen der deutschen Nationalisten gefolgt ist und statt sich zu verständigen, die Politik der starken Geistes verfolgt hat. Wir haben es erlebt im Kriege beim unbeschränkten U-Bootkrieg, dem nach dem sich überschlagenden Fanfaren der „Vaterlandspartei“ der Zusammenbruch gefolgt ist. Wir haben es erlebt, beim Ruhrkrieg, der uns die Hochflut der Inflation gebracht hat. Sollen wir heute zum wiederholten Male noch einmal den Weg in den Abgrund gehen, weil es den deutschen Nationalsozialisten am besten ins Konzept paßt, damit sie wenn auch vermutlich nur für kurze Zeit, wieder ihre Herrschaft über Deutschland etablieren können? Der Weg der Nationalsozialisten weist zum Zusammenbruch, die Ideen der Sozialdemokratie gehen auf Verständigung mit unseren außenpolitischen Nachbarn — nicht unter Druck, jedoch

aus dem freien Willen eines großen Volkes, das in einer friedlichen Verständigung aller Völker den Weg nach aufwärts sieht. Frankreich hat einmal vor Jahrzehnten in einer schweren Stunde des Faschobafonkrisis dem Druck Englands nachgegeben und sich dessen Wünsche beugend, durch seine Nachgiebigkeit für alle Zeiten die Freundschaft Englands erworben. Ob Deutschland imstande ist, aus diesem Vorgang Frankreichs zu lernen? Es scheint, daß Deutschland den anderen Weg des „Großhungerns“ durch Selbsthilfe vorzieht. Jeder nach seinem Geschma und das deutsche Volk hat ja, so meinen wenigstens Deutschlands große Männer, einen guten Magen. Unsere große „Führerschaft“ — von Lahuf bis Goldschmidt und Hitler bis Seekt mit dem „Ketter Schacht“ in der Mitte — wird uns schon etwas vorkauen, falls es das deutsche Volk wiederkaut.

Freistaat Baden

Nationalsozialisten wollen im Trüben fischen

NSDAP. fordert Einberufung des Landtags

Nachdem die Nationalsozialisten durch ihre seit Jahren betriebene unverantwortliche Hege gegen Reichs- und Landesregierung, gegen die deutsche Wirtschaft und gegen die deutsche Währung Deutschland bis fast vor das Chaos gebracht haben, möchten sie auch jetzt noch im Trüben fischen. Ebenso wie sie, um im Reichstag ein buntes Durcheinander zu veranstalten, jetzt die Einberufung des Reichstags verlangt haben, fordert die nationalsozialistische Landtagsfraktion (eben die sofortige Einberufung des badischen Landtags. Daß mit einer Einberufung des Landtags die gewaltigen Wirtschaftskrisenmerkmale nicht behoben werden können, liegt auf der Hand und es sind ja doch bekanntlich die Nationalsozialisten, welche immer wieder betonen, daß die Dinge nicht durch Reden behoben werden können, sondern durch ein entschlossenes Handeln der Regierung. Nachdem nun aber Reichs- und Landesregierungen entschlossen sind, durch entschlossenes Handeln ein weiteres Abrutschen zu verhindern, paßt es den Nationalsozialisten nicht. Sie wollen eben immer im Trüben fischen, da sie einmal nun nicht anders können.

Mildes Urteil über Studentenausweisung

In Heidelberg fanden vor dem erweiterten Schöffengericht die Heidelberger Studentennutzen ein kleines Nachspiel, die sich am 21. Januar nach der am Tage vorausbeangenehten Auflösung abspielten. Nach dem Bekanntwerden der Auflösung des Heidelberger Studentenausweises, der seinerzeit in der Presse genügend gewürdigt wurde, veranstaltete die reaktionäre Studentenschaft vor der Universität eine Protestkundgebung, obwohl damals alle Kundgebungen verboten waren. Der Einberufer war, das wollen die Herren heute nicht mehr wissen, auch der Redner weiß nicht, von wem er gebeten wurde, eine Ansprache zu halten. An jenem Tage ereigneten sich Ausschreitungen nicht nur der Polizei, sondern vor allem sozialistischen und jüdischen Studenten gegenüber. Die Polizei hatte zur Räumung des Platzes vor der Universität aufgefordert, umsonst, sie war gesonnen, mit dem Gummiknüppel einzuschreiten, da die Herrschaften sich weigerten, den Platz zu räumen und es dabei an den „nötigen“ Schimpfwörtern gegen die Polizei und die Behörde nicht fehlen ließen.

Die zur Verhandlung stehende Anklage ist nur ein kleiner Ausschnitt an jenen Zwischenfällen, für welche die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Landfriedensbruch und Aufruhr erhoben hatte, aber sie wieder fallen ließ, da ihr die Hauptmerkmale jener Tatbestände nicht zurechenbar schienen. Schuldhaftig war heute nur ein einziger Student, Georg Dörr aus Ludwigshafen, wegen Nötigung und Widerstand. Es besteht kein Zweifel darüber, er hat zu jener Zeit sozialistische und jüdische Studenten aufgefordert, den Vorraum der Universität zu verlassen und hat seiner Drohung noch dadurch Nachdruck verliehen, daß er half, einen jüdischen Studenten aus der Universität zu entfernen. Dem Angeklagten wurde weiter zur Last gelegt, einen Polizeibeamten, der in den Vorraum der Universität gekommen war, um den Streit zu schlichten und die Anwesenden zur Ruhe und zum Frieden aufzufordern, mit einem Stock den Hals des Angeklagten zu schlagen und dann die Flucht zu erzwingen. Das bekräftigen mehrere Zeugen. Sie geben weiter bekannt, daß in diesem Augenblick alle Umstehenden über den Polizeistellen bestanden und mit ihren Stöcken auf ihn einschlugen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete und Rechtsanwalt Kupp, Karlsruhe, hatte die Verteidigung des herrlichen Dulders übernommen, der selbstverständlich jede Tat seinerseits abtritt, dessen Entlassungswesen aber nicht das geringste ausrichten konnte, ja, wie ja oft sich selbst belästigen und teilweise von den Vorstehenden des Gerichts auf ihren Eid aufmerksam gemacht werden mußten.

Trotzdem nun alle Entlastungswesen vorlagen und die Anklagen der Belastungswesen erdrückend waren, fällte das Gericht ein sehr mildes Urteil. Das Gericht sprach den Angeklagten vom Widerstand frei und nahm ihn wegen Nötigung mit 50 Mark in Strafe. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, es bestehe kein Zweifel an der Nötigung des Angeklagten, viel schwieriger jedoch sei die Frage des aktiven Widerstandes zu entscheiden. Hier habe man sich nicht restlos von der Schuld des Angeklagten überzeugen können. Er habe alles abgelenkt und es befehle überhin die Möglichkeit, daß sich die drei Belastungswesen, die

ihre Angaben genau gemacht hätten, doch nicht haben könnten.

Noch eines ist festzustellen. Der Verteidiger Kupp hatte in seinem Plädoyer betont, der Angeklagte habe die Stöße nicht ausgeübt. Er könne wohl die Schuldigen, könne es aber nicht sagen. Darauf ließ sich das Gericht allerdings nicht ein. Das magke keinen Eindruck, betonte der Vorsitzende, und es wäre besser gewesen, den Namen zu nennen, falls er bekannt gewesen sei, um dadurch das Gericht vor einem Justizirrtum eventuell zu schützen. Dieses Urteil kann niemand beklagen, es sei denn die Nationalsozialisten und den Angeklagten, die es mit beller Freude aufnahmen. Auch der Staatsanwalt hatte längst nicht die Worte gefunden, die man in ähnlichen Fällen zu gebrauch pflegt. Wenn alle solche Ausschreitungen an Universitäten, die sich in letzter Zeit mit bedenklicher Deutlichkeit wiederholen, solche Richter finden, muß man um den Bestand der deutschen Hochschulen die allergrößte Sorge haben. Und wer selbst mit eigenen Augen sah, wie sich die Studenten damals verhielten, der muß einerseits die Schuld der Polizei beklagen und sich fragen, ob es denn ein Ausnahmerecht für Studenten gibt, denen der Staat Zuschüsse leistet in beträchtlicher Höhe und sie gewähren läßt, wie sie wollen.

Wo bleibt das neunte Schuljahr?

Es wird uns geschrieben: Im Herbst vergangenen Jahres wurde zur Bekämpfung der immer stärker anwachsenden Arbeitslosigkeit die Einführung eines neunten Schuljahres zur Diskussion gestellt. Die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften haben im Verein mit der Sozialdemokratie in positivem Sinne zu diesem Gedanken Stellung genommen. Dabei dachte man nicht an eine vorübergehende Einrichtung, sondern an die ständige Einführung einer verlängerten Schulpflicht zum Zwecke der organischen Verbindung von Volks- und Berufsschule. Für die Einführung und Ausgestaltung eines neunten Schuljahres sprechen in der Hauptsache drei Gründe: Das Interesse der Jugendlichen selbst, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit und schulorganisatorische Notwendigkeiten.

Das heutige Wirtschaftsleben stellt an den jungen Menschen andere Forderungen wie früher. Die hierbei entstehenden Spannungen für Körper und Geist werden durch die Erscheinungen der Reifezeit und der häuslichen Umwelt noch gesteigert. Hier könnte praktische Jugendbildung betrieben werden, indem der junge Mensch durch Erwerb eines Schuljahres um ein volles Jahr später in ein Arbeitsverhältnis treten müßte und er so Gelegenheit hätte, sich körperlich kräftiger und geistig reifer zu entwickeln. Der Uebergang in das Leben der Erwachsenen, in den Zwang, Geld verdienen zu müssen, könnte bedeutend erleichtert werden. Die modernen Arbeitsformen stellen gesteigerte technische Kenntnisse und Fertigkeiten, sowie berufliche Mündigkeit als Voraussetzung. Das öffentliche Leben, die Demokratisierung von Wirtschaft und Staat verlangen ein umfangreicheres Wissen des jungen Staatsbürgers. Das neunte Schuljahr könnte hier wesentlich abhelfen und zugleich den Arbeitsmarkt spürbar erleichtern. In Land- und Forstwirtschaft dürften keine Ausnahmen gemacht werden. Bei einer solchen Ausdehnung der Arbeitspflicht der Eltern müßte aus öffentlichen Mitteln Minderbemittelten geholfen werden. Unsere Volks- und Berufsschulen leiden noch sehr an mangelndem organischem Zusammenarbeiten. Dieser Mangel muß im Interesse eines einheitlichen Bildungsaufbaues behoben werden. Die oberen Volksschulklassen müßten mehr wie bisher mit praktischem Arbeitsunterricht ergänzt werden. Wenn keine Aussicht auf eine diesbezügliche Gesetgebung zu erwarten ist, müßte die Sache von den Ländern und Gemeinden in Angriff genommen werden.

Das neunte Schuljahr müßte sich in der Hauptsache darauf richten, dem jungen Menschen die Berufsvorbereitung zu erleichtern, ihm mehr Wirtschafts- und Gesellschaftslehre beibringen, ihn darin üben lassen und schließlich Gesundheitspflege zu treiben. Der Unterricht im neunten Schuljahr muß der Praxis in Werkstatt und Büro gerecht werden und sich dabei äußerster Einfachheit bedienen. So könnte die Freude am Schaffen gehoben, technische Fertigkeit gepflegt und damit die Voraussetzung zur Verkürzung der Lehrzeit herbeigeführt werden. Enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung ist unbedingt erforderlich. Die Wirtschafts- und Gesellschaftslehre wird ihre Hauptaufgabe darin finden, den jungen Menschen in den ihn nach der Schulentlassung erwartenden Lebenskreis einzuführen. Eine Art Selbsterhaltung der Schulbedürfnisse durch die Schüler könnte hier wesentlich mitwirken. Der mündliche und schriftliche Gebrauch der Sprache ist in den Vordergrund zu stellen; Väden sind unbedingt auszuscheiden. Große Sorgfalt muß der Gesundheitspflege gewidmet werden. Dies im Interesse der Jugendlichen selber und in dem der Gesellschaft. Neben praktischen Übungen auf diesem Gebiet darf die Auffklärung über Gesundheitsfragen, namentlich der Entwicklungslehre, nicht in ihrer großen Wichtigkeit übersehen werden. Der Unterricht muß in der lebendigen Form der Arbeitsgemeinschaft durchgeführt werden.

Das neunte Schuljahr ist ein dringendes Erfordernis unserer Zeit. Es ist ein Mittel, die Lage der arbeitenden Klasse heben zu helfen. Es wäre bedeutend wertvoller wie die sogenannte Arbeitsdienstpflicht. Deshalb fragen wir nochmal, wo bleibt das neunte Schuljahr?

Konzerte

Wohltätigkeitskonzert des Bayreuther Bundes

Die Orisgruppe Karlsruhe des Bayreuther Bundes hat, durch ihren Vorsitzenden Herrn Christian Lorenz angeregt, ein Konzert veranstaltet, zu dessen Behuf jene eingeladen waren, denen die Not der Zeit es nicht ermöglicht, sich durch künstlerische Genüsse das tiefe Graue des Alltags zu verschauen. Herr Lorenz hat in seinen Einleitungsworten auf Richard Wagner hingewiesen, dessen ideale Absichten dahin gingen, dem Volk beste Kunst umsonst zu bieten. Die fischen dahin frei und nahm ihn wegen Nötigung mit 50 Mark in Strafe. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, es bestehe kein Zweifel an der Nötigung des Angeklagten, viel schwieriger jedoch sei die Frage des aktiven Widerstandes zu entscheiden. Hier habe man sich nicht restlos von der Schuld des Angeklagten überzeugen können. Er habe alles abgelenkt und es befehle überhin die Möglichkeit, daß sich die drei Belastungswesen, die

Die Harmonikale spielte unter der sicheren, beweglichen Leitung von Hugo Kubold Werke von Schillings, von Wagner, Pater und Sogno, von Reinhold und zum Schluß bekam man Armeemärche zu hören. Auch der „Arenafestmarsch“ wurde als Dreizehngabe gespielt, er stammt von dem Vorstand der hiesigen Orisgruppe

des Bayreuther Bundes Christian Lorenz, der bei der ungemein wirkungsvoll geleiteten Friedensfeier-Quartette von Reineke mit sicherer Einführung den Orgelpart übernommen hatte. Rudolph legt bei seiner Kapelle großen Wert auf ein weiches Spiel. Seine Bläser haben mit innigem Ton und sicherer Herausarbeitung der Themen das Vorpiel zum zweiten Akt der Oper „Sternenbeobacht“ von Siegfried Wagner plastisch zur Darstellung gebracht. Es konnte an dieser Stelle schon neulich darauf hingewiesen werden, daß Fritz Linnebach mit dem hiesigen „Liedertrans“ intensio arbeitet und schöne Erfolge zu erzielen weiß. Besonders mit seiner Abtönung gelang das enalische Madrigal „An einem Wäldlein“. Nicht mit der gleichen Sicherheit und Reine wurde der überaus schwierige Wahmsatz „In stiller Nacht“ verlesendigt. Kammerliänger Kentwig sang die Grabschrift und das Preislied aus den Wäldern, welches für den Konseraal unangelegene Programmnummer“. Kentwig war ausgezeichnet disponiert. Frau Emma Lorenz begleitete mit viel Zurückhaltung und sicherem Eingehen auf die Absichten des Sängers. In Elle Eis lernte man eine Opernängerin mit tröstlichem Material kennen, das auf gefußt ist. Ihr war Heddo Stükel eine anheimelnde Begleiterin. Der Beifall, der allen Darbietungen gesollt wurde, kam aus dankbaren Herzen.

Kleine bad. Chronik

Opfer der Straße

Tauberbischofsheim, 13. Juli. Auf der Tauberbischofsheimer Landstraße ereignete sich am Sonntag ein tödlicher Motorradunfall. Der 39 Jahre alte Bandagist Georg Wagner aus Bad. Mergentheim wollte mit seinem Motorrad an einem Lastkraftwagen vorbeifahren. Im gleichen Augenblick kam von der anderen Seite ein Personenkraftwagen herbei und prallte mit Wagner zusammen. Dieser war auf der Stelle tot. Sein Kind, das mit ihm fuhr, wurde mit schweren Verletzungen nach Mergentheim ins Krankenhaus gebracht.

Durlach, 13. Juli. Der 56 Jahre alte Obsthändler Leopold Walter von hier war gestern mit einem Kollegen auf einer Geschäftsfahrt im Odenwald. Dabei ließ das Auto so heftig gegen einen Stein, daß es sich überschlug und die Köpfe der Fahrer stürzte. Die mit einem anderen Auto nachfolgende Mutter Walters verbrachte ihren tödlichen Sohn in die Klinik nach Heidelberg, wo er inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

Ettlingen, 13. Juli. Ein schwerer Autounfall ereignete sich gestern mittags auf der Landstraße im Wallherwald. Ein Kraftwagen aus Ludwigsbafen hatte beim Überholen eines Lastkraftwagens diesen geschitten und geriet so in die Fahrspur des Lastkraftwagens. Das Personenkraftwagen wurde vollständig zertrümmert. Die Insassin des Wagens, eine Frau Graf aus Ludwigsbafen, wurde mit schweren Verletzungen nach Rastatt ins Krankenhaus überführt.

Der Brandteufel

Hilsbach (Amt Sinsheim), 13. Juli. Großfeuer. Zwei Wohnhäuser abgebrannt. Die Einwohnerschaft wurde nachts zwischen 2 und 3 Uhr durch Feueralarm aus dem Schlafe geschreckt. In dem Wohnhaus des Landwirts Josef Better war aus noch unangefährter Ursache ein Brand ausgebrochen, der auch auf das Wohnhaus von Karl Kessel übergriff. Die beiden erst vor kurzem neu erstellten Gebäude wurden ein Raub der Flammen, ebenso ein Holzschuppen. Die Scheunen blieben von dem verderbenden Element verschont.

Ottoschwanden (Amt Emmendingen), 13. Juli. Großfeuer durch Blitzschlag. Bei den heute nacht über dem Breisgau niedergegangenen schweren Gewittern schlug gegen 3.30 Uhr morgens der Blitz in den erst im letzten Jahre neu erbauten Hansjodlerhof der Witwe Sillmann und zündete. Menschen und Vieh konnten gerettet werden. Ein großer Teil des Inventars verbrannte. Bei dem Brande wurden auch drei Helfer von Ottoschwanden verletzt. Der Schaden ist sehr erheblich.

Obersiebenbrunn (Amt Pfullendorf), 13. Juli. Schon wieder Feuer im Amt Pfullendorf. Das landwirtschaftliche Anwesen von Wilhelm Sauter wurde gestern mittag innerhalb kurzer Zeit vollständig eingeeigert. Über 12 Wagen Heu, sehr viel Stroh verbrannten. Die Familie konnte mit knapper Not das nackte Leben retten. Der Schaden wird auf 15 000 M geschätzt. Die Brandursache ist unbekannt. Als die in der Wohnung anwesenden Mitglieder der Familie das Feuer bemerkten, war bereits das Treppenhaus zusammengefallen.

Der nasse Tod

Forst (bei Bruchsal), 13. Juli. Der 21 Jahre alte Schaffner war gestern mit dem Rad zum Baden im Ahein nach Leonobshafen gefahren, ist aber durch Unvorsichtigkeit ertrunken. Die Leiche konnte geborgen werden.

Pfullendorf, 13. Juli. Der 22 Jahre alte Schreinergerelle Karl Straßer, der an den Lausheimer See zum Baden gefahren war, ist bei dem Versuch, diesen See mehrere Male zu durchqueren, ertrunken.

Achern, 12. Juli. Ertrunken. Als heute früh eine ältere Frau aus Pautenbach auf abgefahrenem Wege nach Oberachern die Acher überschreiten wollte — an deren Stelle kein Steg ist — stürzte sie durch Ungleichgewicht ins Wasser und ertrank. Die Leiche der Unglücklichen wurde geborgen und in die Leichenhalle des städt. Krankenhauses überführt.

Blitzschäden

Wollach, 13. Juli. Bei dem mehrkündigen Gewitter der letzten Nacht schlug der Blitz heute morgen um halb 4 Uhr in einen Kuckbaum, in der Nähe des Kohlenbacher Hofes Dapbach ein und entzündete ihn, sowie den anschließenden Hof, der niederbrannte. Der Schaden für das verbrannte Gebäude beträgt 30 000 RM., der Fahrnischaden 10 000 RM. Das Vieh konnte gerettet werden.

Wollach, 13. Juli. Bei dem mehrkündigen Gewitter der letzten Nacht schlug der Blitz heute morgen um halb 4 Uhr in einen Kuckbaum, in der Nähe des Kohlenbacher Hofes Dapbach ein und entzündete ihn, sowie den anschließenden Hof, der niederbrannte. Der Schaden für das verbrannte Gebäude beträgt 30 000 RM., der Fahrnischaden 10 000 RM. Das Vieh konnte gerettet werden.

Verkehrsunfälle

Zeil i. B., 13. Juli. Der Landwirt Hermann Seeger von Pfeffenberg, der Ende der 20er Hand und jung verheiratet war, wurde gestern mit seinem Fahrrad von einem Schweizer Auto überfahren und so schwer verletzt, daß er noch am Abend gestorben ist. Schon am Vormittag ereignete sich ein ähnlicher Unfall. Ein Radfahrer wurde von einem deutschen Kraftwagen erfasst, kam jedoch mit geringfügigen Verletzungen davon.

Sinsheim (Amt Rastatt), 13. Juli. Der Landwirt Karl Eller geriet unter sein Kuckfuhrwerk, mit dem er Dung in die Reben fahren wollte. Der Verunglückte erlitt schwere Knochenbrüche und man fürchtet, daß das eine Bein wahrscheinlich abgenommen werden muß.

Pfullendorf, 13. Juli. Am Samstag abend verunglückte der 20 Jahre alte Zimmermann Johann Stetter mit seinem Motorrad, als er einem auf der gleichen Seite entgegenkommenden Motorrad ausweichen wollte und stürzte. Mit einem Schädelbruch wurde er ins Krankenhaus Pfullendorf verbracht.

Oberlauchringen, 13. Juli. Bei der Derschalt Erleichen brach gestern mittag die vordere Kette eines mit Baumstämmen schwer beladenen Lastwagens. Der Wagen neigte sich schwer auf die Seite und einige Stämme fielen herunter. Pöhlisch überschlug sich der Anhänger des Lastwagens, der von den herabstürzenden Stämmen mitgerissen wurde, und bezug den Lenker Drift aus Bernau unter sich. Obriß wurde der Kopf eingedrückt und war sofort tot.

Ubstadt, 13. Juli. In der scharfen Kurve am Jofelschaufe stieß der 22jährige Artur Hagenmeier auf seinem Fahrrad mit einem entgegenkommenden Auto zusammen, wurde vom Rade geschleudert und erlitt schwere Verletzungen. Hagenmeier mußte der

Schon in den nächsten Tagen wird die große rote Kreuz-Lotterie mit 200 000 M Gewinnen ausgelost, darunter Höchstgewinn von 100 000 M und Hauptgewinn von 50 000 M und 40 000 M. Die Ziehung findet ohne Verlosung am 17. Juli statt. Welcher Beter wäre nicht erfreut, bei der heutigen Ziehung einen solchen Zufall durch einen anderen Treffer zu erhalten. Die Lose sind zu haben bei der Firma S. Stürmer, Mannheim, D 7, 11. Siehe beiliegendes Inserat.

Aus aller Welt

Nicht Tote bei einem Flugzeugunglück in Rußland

Moskau, 13. Juli. Gestern morgen ereignete sich bei dem Hafen Masino, etwa 47 Kilometer von Moskau, ein schweres Flugzeugunglück. Der kellerretende Chef des Stabes der Roten Armee, der kellerretende Leiter des Amtes für Motorisierung und Mechanisierung sowie ein Mitarbeiter des Stabes der Roten Armee, ferner zwei Piloten, ein Beobachter und zwei Flugzeugmechaniker wurden getötet.



Der Altonauer Konstrukteur ...

hat die französische Regierung des Diebstahls seiner Erfindung eines ununterschiedlichen Schiffes angeklagt. Bekanntlich ließ die französische Regierung kürzlich Versuche mit einem ununterschiedlichen Unternehmen, wozu Darmann behauptet, daß es nach einer Erfindung von ihm erbaut worden sei.

Eröffnung des neuen Parlaments in Afghanistan

Nach Bombardierungen hat der König von Afghanistan das erste nach europäischem Muster gebildete Parlament eröffnet. Die Zeremonie spielte sich in Anwesenheit des diplomatischen Korps ab.

Gasunglück in Duisburg

Duisburg, 13. Juli. Heute vormittag ereignete sich in den Mannesmannröhrenwerken ein folgenschweres Gasunglück, das ein Todesopfer forderte. Ein Arbeiter war beauftragt worden, in einen Schacht hinabzufahren, um einen Gasbehälter zu sperren. Obwohl er mit einem Sauerstoffapparat versehen war, brach er nach kurzer Zeit bewußtlos zusammen. Zwei Arbeiter, die ihm zu Hilfe eilten, wurden ebenfalls bewußtlos. Die Verunglückten wurden sofort an

Seidelherger Klinik zugeführt werden. — Der Landwirt Gustav Beyerle wurde auf dem Felde von seiner mitgenommenen Kuh geschleift und erlitt einen Schlüsselbeinbruch. Insektenstiche riefen hier den Unfall hervor.

Bruchsal, 13. Juli. Der Hochwasser Schaden. Nach der Feststellung der Stadtverwaltung hat diese durch das Hochwasser vom 8. Mai einen bis jetzt erkannten Schaden von 68 000 M zu tragen.

Saltingen (Amt Vörrach), Das alte Lied. Der hier zu Besuch weilende 21 Jahre alte Hermann Neu aus Elberfeld spielte in Gesellschaft mehrerer Personen mit dem Gewehr eines Feldjägers. In seinem Reichstun legte Neu im Scherz auf die Frau des Feldjägers und dann auf die am Tisch sitzende 21jährige Maria Ziesel an. Pöhlisch ging ein Schuß los und die ganze Schrotladung ging dem Mädchen in den Unterleib und in die Beine. Das bedauernde Mädchen starb in der Nacht zum Sonntag. Der unglückliche Schütze wurde verhaftet.

Pipburg (Amt Mühlheim), Sittlichkeitsanklage. Gestern vormittag wurde auf ein 24 Jahre altes Mädchen von hier von einem Unbekannten ein Leberfall verübt. Der junge Mann packte das Mädchen am Hals, würgte

die Luft geachtet. Die angestellten Wiederbelebungsversuche hatten bei dem Arbeiter Wilhelm Feldhaus keinen Erfolg mehr. Die beiden anderen Gastanten wurden dem Krankenhaus zugeführt.

Das Todesurteil im Saffran-Prozess vom Reichsgericht bestätigt

Leipzig, 13. Juli. Das Reichsgericht hat heute die Revision des Berufungsgerichts in Saffran und seines Buchhändlers Kivonia verworfen. Saffran war zum Tode verurteilt worden, weil er im vorigen Jahre einen Handelsburschen getötet hatte, um in den Besitz seiner Versicherungssumme von 150 000 M zu gelangen.

Auffindung eines großen Kohlenlagers in Rußland

Pressemeldungen zufolge hat man dicht an der turkestanisch-sibirischen Bahnlinie ein großes Kohlenlager entdeckt. Dieser Fund ist für den Betrieb der „Turksib“ von großer Bedeutung, da eine der Hauptschwierigkeiten für diese Eisenbahn die Frage der Brennstoffversorgung bildete.

Wilhelm bleibt unbelehrbar

Der deutsche Kaiser ist von einem Vertreter des Paris Midis, der sich als Amerikaner ausgab und daraufhin nach Doorn hineinkam, danach gefragt worden, wie er den Hooverplan beurteile und wie es mit Deutschland politisch und wirtschaftlich stünde. Die Antworten des Kaisers reiben sich, falls sie wirklich korrekt wiedergegeben worden sind, würdig seinen früheren politischen Manifestationen an. Zum Hoover-Vorschlag soll er z. B. wörtlich erklärt haben:

„Ich, wissen Sie, abgeben von der Geite, die übrigens ein wenig kommerziell aussieht, erwarte ich von dieser Seite nicht viel. Sie kennen Deutschland nicht und können das gegenwärtige Durcheinander nicht ermessen. Im übrigen ist Hindenburg nur ein Dieb und bald wird ihn die gerechte Strafe ertellen. Deutschland ist die schönste und größte aller Nationen, und die jetzige Krise wird dem Land bestimmt die Augen öffnen.“

Auf die Frage, was nun geschehen soll, erwiderte Wilhelm II.: „Ich bin zu alt ... aber das Amt der Hohenzollern steht Deutschland immer zur Verfügung, um es kräftiger und schmerzlicher zu machen.“ Europa und Amerika hätten seiner Meinung nach keine Ahnung von den Gefahren, die uns auflauern: dem Kommunismus und der gelben Gefahr.

Belonders geschäftlich spricht der Kaiser über die Franzosen: „Wir werden ihnen bald eine Lektion erteilen“, erklärte er wütend, und der Heub-Amerikaner bekommt folgende Anklage gegen Frankreich zu hören: „Sie sind schuld an der Krise, die auch euch heimsucht hat. Statt die Kräfte zu sammeln, verachtet dieses Volk, sie auseinanderzulassen. Es häuht das Gold, es treibt die Nationen zum Hunger. Frankreich und Belgien sind die Störenfriede der weißen Rassen; ich aber erhalte täglich zahlreichere Briefe, empfangen wichtige Delegationen ... Morgen wird Deutschland wieder der Hohenzollern, der preussischen Könige, Friedrich des Großen, würdig sein.“

es und warf es zu Boden. Durch den Widerstand des Mädchens ließ der Täter von seinem Opfer ab und flüchtete unerkannt. Die Gendarmerie hat die Nachforschung ausgenommen.

Volkswirtschaft

Die Wünsche des Badischen Bauernvereins

In Offenburg fand hier die sehr gut besuchte Jahresversammlung des Bad. Bauernvereins (E. B. (Eig. Freiburg i. Br.) Natl. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten Emil Metzger erstattete Direktor Dr. Schwörer, der Geschäftsführer des Vereins den Jahresbericht. Er wies daraufhin, daß die Trennung der landwirtschaftlichen Organisationen Badens in solche der Wirtschaftspolitik, der Genossenschaften und der technischen Förderung sich gut durchgeföhrt habe. Der Badische Bauernverein hat seinen Mitgliederbestand von ca. 45 000 dabei halten können. Die Reichsbetriebspolitik habe zwar der Landwirtschaft im allgemeinen geholfen, doch fehle noch die wirksame Hilfe für die süddeutsche und insbesondere badische bäuerliche Bewirtschaftung. Für sie müsse eine zweite Aktion durchgeföhrt werden. Der Zusammenbruch der badischen Volkswirtschaft kennzeichnete sich durch die Zerstörung, daß für heute höchstens 60 bis 70 Prozent der Agrarprodukte erreicht würden.

Schließlich nahm die Versammlung einstimmig eine Reihe von Entschlüssen an, in denen die bekantesten agrarpolitischen Forderungen erhoben wurden. So wurde u. a. verlangt, die sofortige Erhöhung des Butterzolls auf 100 RM. pro Doppelzentner, Schaffung von Absatzmöglichkeiten für Grobvieh, Zollschutz für Doh und Gemise usw.

KUR MARK CIGARETTEN

Garbák KUR MARK

Jetzt wieder nur 5 p. Stück.

Neu! Alle sammeln jetzt die Kurmark-Sportwappen „FUSSBALL“ Neu!

Gewerkschaftliches

Verbandstag der Fabrikarbeiter in München

Den Höhepunkt der Münchener Laagna des Fabrikarbeiter-Verbandes bildete ein ausserordentlicher Vortrag Wiffels über: „Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft“. Mit gründlicher Sachkenntnis untersuchte der Redner, der übrigens am Freitag in Zürich sprach, die Ursachen der wirtschaftlichen Krise. Er kam zu dem Ergebnis, daß das heutige Chaos ausschließlich auf das Konto der wüstenen Monopolisierung der Wirtschaft durch die Kartellbildung kommt. Beschränkt wurde die Krisenentwicklung durch den Krieg und seine Folgen, durch die ungeheure Technikentwicklung und die Entropisierung der deutschen Wirtschaft. Die Wirtschaftsführer wollten die innige Verflechtung der Weltwirtschaft nicht erkennen. Absolute Blindheit für die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge hatten auch die Siegerstaaten geübt, als sie Deutschland die Reparationsleistungen auferlegten, ohne dafür zu sorgen, daß Deutschland vor allem Abnahmefähigkeiten für seine Arbeit gegeben wurden. Jetzt scheint das wenigstens Hoover als erster klar erkannt zu haben. Neben der Produktionseinschränkung weist die Wirtschaft sich mit Lohnabbau zu helfen. Erst kürzlich äußerte ein Ruhrindustrieller, daß der deutschen Wirtschaft nur durch eine Angleichung des Lebensniveaus der deutschen Arbeiter an das der uns umgebenden Völker geholfen werden könne; das bedeutet also Balkanisierung des Lebensstandards. Auch die übertriebene Rationalisierung wirkte sich verhängnisvoll aus. Kapitalistisch gesehen, brachte sie zwar Verringerung der Produktionskosten und Steigerung des Profits. Gesellschaftlich gesehen, bedeutete sie aber eine Verteuerung. Die Wirtschaft überließ die Folgen der Rationalisierung, die Lasten und Risiken, die Sorge um die Arbeitslosen rüßte der Allgemeinheit und klagte dann über die steigenden Sozial- und Steuerlasten, als die Aufwendungen der Allgemeinheit für die Opfer der Rationalisierung stiegen. Krise und Arbeitslosigkeit können nicht Naturgesetze sein. Es gibt einen Ausweg. Wiffels hat geschrieben, daß der Mensch 8 Stunden arbeiten müsse. Es ist möglich, bei einer wirklich planmäßigen Wirtschaft in kürzester Arbeitszeit, bei der alle beschäftigt werden, für alle das zum Leben Erforderliche in ausreichendem Maße zu geben. Wer wie die Kommunisten in Rußland die Entwicklung beschleunigen wollte, der würde das deutsche Proletariat in ungeheures Elend stoßen.

Nach kürzlichem Beifall nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, in der das wesentliche aus Wiffels Ausführungen zusammengefaßt ist.

Der Verbandstag beschäftigte sich weiterhin mit dem Lohnabbau und den Hemmnissen in der Entwicklung des Arbeitsrechts. Ernst Grohmann, der die Tarif- und Lohnbewegung im Verbandsgebiet erläuterte, stellte fest, daß der Abbau der tariflichen Stundenlöhne um 5 Prozent, der unter dem Druck der Krise habe hingenommen werden müssen, weit hinter den Plänen der Arbeitgeber zurückbleibe. Dies Ergebnis könne mit Recht als ein Erfolg der Verbandsarbeit angesehen werden. Die Organisation habe sich im Verteidigungskampf erfolgreich behauptet. Die Organisation sei trotz scharfmocherischer Hege von links und rechts intakt geblieben. Die wahnwitzige und geistlose Streikpolitik der AGD werde vom Verband abgelehnt.

In der Aussprache über den Lohnabbau gab ein Delegierter aus Kofflin in Thüringen ein überaus anschauliches Bild vom Arbeiterverrat der Nazis und Kozis, die in einem wichtigen Lohnstreik gemeinsam und offen Streikbruch verübten.

Der Verbandstag nahm einstimmig eine Entschließung an, in der ausgesprochen wird, daß die Befürchtungen bezüglich der Preisgabe der Sondergerichtsbarkeit und der Einzelgliederung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens in das her ordentlichen Gerichtsbarkeit leider eingetreten seien. Eine Verschärfung des kollektiven Arbeitsrechts sei zu befürchten. Die sozialdemokratische Reichsorganisation müsse daher dafür sorgen, daß durch Gesetzesänderung der ungesunden Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts Einhalt geboten werde.

Ueber die Jugendbewegung im Verband sprach Alwin Karl. Nach seinem Bericht hat auch der Fabrikarbeiterverband in der Jugendbewegung recht beachtliche Erfolge erzielt.

Internationaler Landarbeiterkongress

In Stockholm tagt zur Zeit der 6. Kongress der Internationalen Landarbeiterföderation (I.L.F.). Vertreter sind: Dänemark, Deutschland (Deutscher Landarbeiterverband und Allgemeiner Helferverband), Niederlande, Polen, Schottland, Schweden, Desterreich und Lettland mit insgesamt 25 Delegierten. Der Kongress protestierte mit aller Schärfe gegen die Beschränkung der Koalitionsfreiheit in Polen, Ungarn und Italien. Der Sekretär der I.L.F., Georg Schmidt, ergänzte den schriftlich vorliegenden Geschäftsbericht, 1928 betrug die Mitgliederzahl der I.L.F. 326 601, im Jahre 1930 354 951.

Die Reichslachkommission für die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke im Gesamtverband, die dieser Tage in Guxhagen zusammengetreten war, nahm zur Rotterordnung eine Entschließung an, in der sie in Uebereinstimmung mit den Erklärungen des Verbandes vorstandes und der Bezirksleiter vom 24. Juni scharf gegen die Schaffung eines Ausnahmestandes gegen die Kommunalarbeiter Protest erhob. Nach der Kürzung der Löhne um 6 Prozent, verbunden mit weitgehender Kürzung der Arbeitszeit sei der von der Regierung diktierte neue Lohnabbau untragbar. Die Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke müßten sich auf schwere Kämpfe vorbereiten, um die Durchführung der Angriffe der politischen und wirtschaftlichen Reaktion abzuwehren. In einer weitestgehenden Entschließung wurde die sofortige Beilegung der technischen Notfälle und die Aufhebung der Verordnung über das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben gefordert. In der Arbeitszeitfrage setzte sich die Konferenz sehr energisch für den Fortfall jeder über ein. Deutschaue müßte die vorhandene Arbeit auf möglichst viel Hände verteilt werden.

Der Deutsche Bauergewerksbund teilt, da der Anschlag der Dachdecker an den Bund ansehend noch zu wenig bekannt geworden ist, nochmals mit, daß am 1. Juli die Ueberleitung des Zentralverbandes der Dachdecker nach Berlin vor sich gegangen ist und damit diese Organisation als selbständiger Verband nicht mehr existiert. Die Berufsgruppe der Dachdecker hat sich als Reichsgruppe dem Deutschen Bauergewerksbund angeschlossen. Die Anschläge für alle Angelegenheiten, die die Dachdecker betreffen, lautet deshalb nicht mehr Frankfurt/Main, sondern Deutscher Bauergewerksbund Reichsgruppe der Dachdecker, Berlin SW. 68, Friedrichstraße 5/6.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungsseiten: 10. Juli: Georg Strehler, 70 Jahre alt, Kommissarsbeamter, Wimer. Leopold Glodner, 68 Jahre alt, Eisenarbeiter, Chemann. Erna Baß, 17 Jahre alt, ohne Beruf, ledig (Zaifenhäufen). 10. Juli: Anna Schubert, 66 Jahre alt, Ehefrau von Eugen Schubert, Bergarbeiter (Wüßburg). 11. Juli: Christina Buh, 75 Jahre alt, Witwe von Ed. Buh, Zimmermann (Beiertheim). Heinrich Maurer, 77 Jahre alt, Chemann, Klavierfabrikant. — 12. Juli: Hans Reber, 50 Jahre alt, Chemann, Metallarbeiter. Beerdigung am 14. Juli, 15 Uhr. Ludwig Rohrbacher, 66 Jahre alt, Chemann, Hauptlehrer. Beerdigung am 14. Juli, 15.30 Uhr. Theodor Wagner, 54 Jahre alt, ledig, Photograph. Feuerbestattung am 15. Juli, 11 Uhr. — 13. Juli: Therese Wieland, 27 Jahre alt, Ehefrau von Richard Wieland, Elektromonteur (Wüßburg).

Der Haushalt von heute stützt an die Hausfrau besonders hohe Anforderungen, denn das Sparprogramm macht auch vor der Küche nicht halt, und es heißt mehr denn je, „auskommen mit den vorhandenen Mitteln“. Wie andere Freunde erweisen sich auch hier die bewährten Waag-Ordnungsmittel, Suppen und Fleischbrühen. Die Hausfrau, die sie verwendet, spart Geld, Zeit und Arbeit.

Naziminister vor Schöffengericht

Die Rechtsbegriffe des braunschweigischen Naziministers Franzen

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Herzfeld der Prozeß gegen den braunschweigischen Naziminister Dr. Franzen wegen Besänftigung. Das Urteil wird am Montag gefällt.

Am Tage der Reichstagsöffnung im Oktober 1930 verhaftete die Polizei auf dem Potsdamer Platz einen Mann wegen Bannkreisverletzung, der sich den Polizeibeamten gegenüber mit einem Abgeordneten ausweis des nationalsozialistischen Abgeordneten des preussischen Landtags, Lohse, auswies. Da den Beamten die Identität des Festgenommenen mit Lohse zweifelhaft war, brachten sie den Mann zur Polizeiwache am Potsdamer Platz. Der angebliche Lohse hat nun, den Braunschweigischen Staatsminister Dr. Franzen aus dem Lokal „Banernhof“ herbeizuholen, der ihn ohne weiteres legitimieren könne. Franzen kam auch und brachte den richtigen Lohse mit. Auf der Wache erklärte der Minister den Beamten wider besseres Wissen, daß der Verhaftete Lohse sei, worauf die Beamten im Begriff standen, den Festgenommenen wieder laufen zu lassen, als ein Polizeimajor die Ueberführung des verdächtigen Mannes zur Abteilung 1a des Polizeipräsidiums anordnete. Hier entpuppte sich der von Franzen legitimierte Lohse als ein nationalsozialistischer Landwirt namens Guth aus Schleswig-Holstein. Guth ist bereits in zwei Instanzen verurteilt worden; Franzen, sein Begünstigter, hatte sich dem Arm der Gerechtigkeit bisher zu entziehen gewußt.

Die Verhandlungen beginnen mit der Vernehmung des angeklagten Naziministers Dr. Franzen. Er erzählt die Vorfälle des 13. Oktober, so wie er sie sieht, und muß, so vorfristig er sich auch ausdrückt, die Vorwürfe, die die Anklage gegen ihn erhebt, mehr oder weniger zusehen. So gibt er u. a. an, daß er den Polizisten auf der Wache auf ihre Frage, ob er den Festgenommenen (Guth) kenne, mit „Ja“ geantwortet hat. Auch bestreitet er nicht, daß er den Beamten, die nicht wußten, wie sie sich zu dem Mann mit dem falschen Ausweis stellen sollten, eine Komödie vorgespielt hat. Das einse, was er nicht wahrhaben will, ist die von den Beamten unter Eid behauptete Tatsache, daß er einseitig und präzis den Guth als Lohse legitimiert und so um ein Haar die



Der braunschweigische Nazi-Innenminister Franzen bei der Aussage.

Freilassung des Festgenommenen als „immunen Abgeordneten“ erteilt habe. Aber bei dem Versuch, Dinge zu leugnen, die nicht mehr zu leugnen sind, entschließt sich dem angeklagten Minister manches Geständnis.

Der erste Zeuge, Oberwachtmeister Sumiak, der Guth auf dem Potsdamer Platz festgenommen hat, bestätigt vollinhaltlich den Inhalt der Anklage. Er hat Guth mehrfach aufgefordert, weiter zu gehen und ihn dann, als er ihm den falschen Ausweis vorzeigte, wegen Bannkreisverletzung, sowie als des Bannkreisverkehrs verdächtig, zur Wache gebracht. Der Zeuge hat Franzen ferner mehrfach befragt, ob Guth Lohse sei, und bekommt schließlich wörtlich: „Kriminalassistent Graf war nahe daran, den Guth zu entlassen. Er hatte ihm schon den Weg freigegeben und zu Minister Franzen gesagt: „Auf Ihre Verantwortung, Herr Staatsminister, entlasse ich diesen Herrn!“ Da ersahen Polizeimajor Heinrich und verhinderte im letzten Augenblick Guths Freilassung.“

Bei der Vernehmung des Polizeibauwärmers Bekar, der seinerzeit mit Polizeimajor Heinrich für die Sicherheit im unruhiggefahrenen Gebiet sorgte, kommt es zu ertagten Zwischenfällen. Polizeiwachtmeister Wisant belastet Franzen mit weiteren Einzelheiten. So hat der Zeuge gehört, wie Franzen von Wachhabenden Gehmann gefragt wurde: „Herr Minister, sind die beiden (Lohse und Guth) wirklich identisch?“ Darauf hat Franzen laut und deutlich erklärt: „Zawohl, sie sind identisch!“ und dann noch hinzugefügt: „Sie dürfen den Herrn nicht festhalten, er ist doch Abgeordneter.“

Sensationell ist die Befundung des Guth, der plötzlich feststeht, daß er, entgegen seinen früheren Behauptungen, die Ausweisakte Lohses nicht gefunden, sondern von Lohse selbst bekommen habe. Vorsitzender: „Herr Lohse hat aber doch behauptet, daß er erst durch die Presse von dem Verlust seiner Karte erfahren habe.“ Guth: „Aber was ich sahe, ist die Wahrheit.“ Als Guth nicht wahrhaben will, daß Franzen ihn auf der Wache als Lohse legitimiert habe, hält ihm der Vorsitzende seine Aussage vor dem Untersuchungsrichter vor, in der es heißt: „Ich glaube, daß Minister Franzen die Sache soeben erklärte.“ Guth weiß darauf nichts anderes zu erwidern, als: „Mir wars gleich, was ich sagte.“ Ihnen war es gleich, daß Sie damit einen Parteifreund in gebührender Stellung erheblich belasteten!“ meint der Vorsitzende kopfschüttelnd.

Der preussische nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Lohse gesteht fast weinend, daß er die Polizei groß beschwindelt hat. Lohse: „Ich will feststellen, daß ich meinen Ausweis an Guth gegeben habe.“ Vorsitzender: „Das haben Sie früher nicht gesagt.“ „Ich habe die falsche Aussage gemacht, weil ich befürchtete, daß meine politischen Gegner die Affäre ausschalten würden.“ „Fanden Sie nichts dabei, daß ein Fremder Ihren Ausweis benutzte?“ „Ich fand nichts dabei.“ „Sie wußten doch, als Sie zur Wache gingen, daß Guth Ihre Karte hatte?“ „Nein, das hatte ich ganz

verlassen.“ „Hielten Sie sich denn nicht für verpflichtet, auf der Wache die Angelegenheit aufzuklären?“ „Nein, das wäre vom politischen Standpunkt aus falsch gewesen.“

Schließlich kommt noch zur Sprache, daß Lohse einige Tage nach dem Vorfall erklärt hat: „Ich lasse niemanden in die Hände der Polizei fallen.“ Lohse erschauert verzichtet Rechtsanwalt Sad auf jede Frage und auch der Oberstaatsanwalt winkt lächelnd ab. Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

Die Aussage des Polizeimajors Heinrich in der Montagsitzung des Prozesses ist für Franzen geradezu vernichtend. Schwache Versuche des Angeklagten, die schwerwiegendsten Befundungen des Zeugen zu erschüttern, misslingen vollständig. Polizeimajor Heinrich berichtet folgendes: „Ich kam auf die Wache am Potsdamer Platz, um ein dienstliches Telefongespräch zu erledigen. Ich hatte den Verhandlungen um den falschen Paß des festgenommenen angeblichen Lohse nicht beigewohnt und war über nichts orientiert. Dann kam der Oberwachtmeister Wisura und meldete mir, daß man einen Mann festgenommen habe, der behauptet, der Abgeordnete Lohse zu sein. Ich trat nun an die Gruppe heran, worauf Minister Franzen auch mir gegenüber den Mann als den Abgeordneten Lohse legitimiert. Ich sah mir das Paßbild an, verließ es mit Guth und sagte zu Herrn Dr. Franzen: „Herr Minister, das kann doch nicht stimmen.“ worauf der Minister erklärte: „Es stimmt aber doch, ich kenne den Herrn Abgeordneten.“ Ich erwiderte darauf: „Aber da ist doch gar keine Ähnlichkeit, sehen Sie diesen Herrn genau an, er hat ein ganz schmales Gesicht, und die Person auf dem Paßbild ein breites“, worauf der Minister sagte: „Der Herr Abgeordnete ist Franz gewesen, deshalb diese Veränderung.“ Er sagte dann auch noch: „Sie sind übrigens gar nicht beschäftigt, den Herrn Abgeordneten festzuhalten, er ist ja immun.“ Ich erwiderte, daß das keine Rolle spiele, da man den Festgenommenen auf frischer Tat ertappt habe.

Der Eindruck dieser Aussagen ist so außerordentlich, daß Franzen zunächst, verlegen und nervös geworden, versuchte, die Befundungen des Polizeimajors zu bekämpfen, worauf der Zeuge ruhig und klar feststellte: „Aber bestreiten Sie das doch nicht, Herr Minister, ich bin 24 Jahre als Polizeibeamter tätig, und bin immer für mein Wort eingestanden. Auf meine präzise Frage haben Sie Kipp und Har Guth als den Abgeordneten Lohse legitimiert. Sie haben mir auch Vorkalkulation gemacht, weil ich einen immunen Abgeordneten nicht frei ließ. In Braunschweig haben Sie übrigens in erster Instanz glatt gelugnet, über den Fall mit mir abzurufen zu haben, und mußten es in zweiter Instanz zugeben.“

Als Franzen Verteidiger dem Polizeimajor seine politische Bestätigung, verlegen und nervös geworden, versuchte, die Befundungen des Polizeimajors zu bekämpfen, worauf der Zeuge ruhig und klar feststellte: „Aber bestreiten Sie das doch nicht, Herr Minister, ich bin 24 Jahre als Polizeibeamter tätig, und bin immer für mein Wort eingestanden. Auf meine präzise Frage haben Sie Kipp und Har Guth als den Abgeordneten Lohse legitimiert. Sie haben mir auch Vorkalkulation gemacht, weil ich einen immunen Abgeordneten nicht frei ließ. In Braunschweig haben Sie übrigens in erster Instanz glatt gelugnet, über den Fall mit mir abzurufen zu haben, und mußten es in zweiter Instanz zugeben.“

Als Franzen Verteidiger dem Polizeimajor seine politische Bestätigung, verlegen und nervös geworden, versuchte, die Befundungen des Polizeimajors zu bekämpfen, worauf der Zeuge ruhig und klar feststellte: „Aber bestreiten Sie das doch nicht, Herr Minister, ich bin 24 Jahre als Polizeibeamter tätig, und bin immer für mein Wort eingestanden. Auf meine präzise Frage haben Sie Kipp und Har Guth als den Abgeordneten Lohse legitimiert. Sie haben mir auch Vorkalkulation gemacht, weil ich einen immunen Abgeordneten nicht frei ließ. In Braunschweig haben Sie übrigens in erster Instanz glatt gelugnet, über den Fall mit mir abzurufen zu haben, und mußten es in zweiter Instanz zugeben.“

Da Herr Franzen glaubt, am Dienstag in Braunschweig unabhängiglich zu sein, wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt, der wahrscheinlich auch das Urteil bringt.

Die Reichsernteschätzung

Auf Grund der nunmehr für das ganze Deutsche Reich vorliegenden ersten Vorschätzung der Getreiderente durch die amtlichen Saatensstandsberichterstattung sind im Reichsbereich nach dem Stande zu Anfang Juli 1931 folgende Erträge zu erwarten: Winterroggen 16,8 Doppelzentner (endgültige Erntermittlung 1930: 16,4 Doppelzentner), Sommerroggen 13,6 Doppelzentner (11,8), Winterweizen 21,3 Doppelzentner (21,3), Sommerweizen 20,6 Doppelzentner (20,9), Wintergerste 22,9 Doppelzentner (24,2), Sommergerste 19,3 Doppelzentner (18,0), Hafer 19,5 Doppelzentner (16,4).

Unter Zugrundelegung der Ende Mai ermittelten Anbauflächen wäre nach diesen Durchschnittsschätzungen zu Anfang Juli eine Gesamternte an Roggen von 7,32 Millionen Tonnen (gegen 7,68 Millionen Tonnen im Vorjahr), an Weizen von 4,57 Millionen Tonnen (gegen 3,79 Millionen), an Wintergerste von 523 000 Tonnen (475 000), Sommergerste von 2,68 Millionen Tonnen (2,38), und an Hafer von 6,53 Millionen Tonnen (5,66) zu erwarten. Die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr sind in erster Linie durch die starken Verschiebungen in der Anbaufläche bedingt, insbesondere ist der zu erwartende Minderetrag an Roggen in Höhe von rund 360 000 Tonnen ausschließlich auf die Einschränkung des Roggenanbaus (um 350 000 Tonnen Hektar), andererseits der zu erwartende Mehrertrag von rund 780 000 Tonnen Weizen auf die Erweiterung der Weizenanbaufläche (um 375 000 Hektar) zurückzuführen.

Diese Woche
+ **Große Rote**
Geld-Lotterie
Ziehung 17.-20. Juli

200000
100000
60000
40000

Preis: 30 R. Paris u. Lüttich 40 Pf.
Stürmer MANNHEIM
0 7, 11
Postsch. 170 45 Karlsruhe
u. alle Verkaufsstellen

Ich brauche nur
Hummels Rasiermesser?
Karl Hummel, Werderstr. 13



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

14. Juli

1789 Erstürmung der Bastille. Beginn der französischen Revolution. — 1889 Intern. Arbeiterkongress zu Paris. Gründung der 2. Internationale. — 1917 Rücktritt Bethmann-Hollweg. — 1922 Arbeitsgemeinschaft zwischen SPD. und USPD. — 1929 Historiker Hans Delbrück.

Die Kaffee-Odeon-Kowdys vor dem Schnellrichter

Nach zirka dreistündiger Verhandlung wurde gestern nachmittag vom Schnellrichter das Urteil gegen sieben Nationalsozialisten gefällt, die sich an den Vorgängen in- und außerhalb des Kaffees Odeon am Sonntag abend beteiligten.

Die Anklage lautete auf Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Beamtenebeidigung und Sachbeschädigung. Es wurden verurteilt:

R. Gorenfloß wegen Hausfriedensbruch 1 Woche Gefängnis,

Rudolf Kornmann wegen Beamtenebeidigung 10 Tage Gefängnis,

Walter Paul Schultze wegen Beamtenebeidigung 10 Tage Gefängnis.

Roman Baumann wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung 3 Monate Gefängnis,

Student Paul Trautvetter, weil er sich den Anordnungen der Polizei widersetzte 30 M. Geldstrafe,

Josef Watter wegen Beamtenebeidigung 10 Tage Gefängnis.

Das Verfahren gegen **Heinrich Schröder** wurde abgetrennt, da er sich wegen Aufruhr vor dem ordentlichen Gericht zu verantworten hat.

(Näherer Bericht folgt.)

Zum Hitler-Skandal im Kaffee Odeon

Von Seiten eines maßgebenden Mitgliedes der Direktion des Kaffee Odeon wird uns zu den Vorfällen vom 12. und 13. Juli folgendes mitgeteilt:

„Die drei Brüder Kertész, die der Gegenstand des Anstoßes zu den hinreichend bekannten Ausschreitungen an den genannten Tagen waren, sind keine Juden, sondern — wie aus ihren Papieren ersichtlich — Katholiken ungarischer Staatsangehörigkeit. Der älteste Herr Kertész hat außerdem im Weltkrieg vier Jahre lang als Offizier in der österreichisch-ungarischen Armee gegen die Feinde Deutschlands mitgekämpft. Es sei fernerhin bemerkt, daß das Orchester der Budapest Oper zu 80 Prozent aus deutschen Musikern besteht. Daß endlich die Kapelle Kertész seit zirka zwei Jahren in den verschiedensten Städten Deutschlands mit großem Erfolg konzertiert, und daß es nun gerade in Karlsruhe und ausgerechnet erst am 10. Tage des Gastspiels zu den bezeichneten Ausschreitungen gekommen ist, mag in augenfälliger Weise beleuchten, inwieweit die bekannten Vorkommnisse einen Sinn gehabt haben oder nicht.“

Kriegsopfer und Notverordnung

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Karlsruhe, hatte seine Ritalieder auf Freitag, den 3. d. M. zu einer Aufführungsveranstaltung in den Festsaal des Friedrichshofes einladen. Nach einem ausführlichen Referat des Leiters der Gewerkschaftsstelle Karlsruhe, Herrn Gerstner, dessen Ausführungen oft durch recht unwillige Zwischenrufe und launigen Neuheiten, die für die Schöpfer der letzten Notverordnung nicht gerade schmeichelhaft waren, unterbrochen wurde, hat die Versammlung einstimmig beschlossen, folgendes Schreiben an den Herrn Reichsanstalt zu richten:

„Sehr geehrter Herr Reichsanstalt! Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 stellt — ohne jede Übertreibung — das Schlimmste dar, was man sich gegen die Kriegsopfer überhaupt hat leisten können. Sie übertreibt an Ungerechtigkeit, Härte und Brutalität alles, was von der Regierung bisher Gebotene. Mit vollem Recht wird deshalb diese Notverordnung als ein **Unschmeißel** gegen die Kriegsopfer bezeichnet. Und nicht mit Unrecht taucht bei ihnen der Gedanke auf, daß mit diesem Gesetz — nur in anderer Form — das verwirklicht werden soll, was der Schriftsteller „Wann“ in seiner Broschüre offen zum Ausdruck gebracht hat. Mit tiefer Bitternis wird es in unseren Kreisen empfunden, daß gerade Männer ein solches Teufelswerk herausbrachten, von denen man aufgrund ihrer Vergangenheit und aufgrund ihrer religiösen Einstellung etwas anderes erwarten durfte.“

Herr Reichsanstalt! Erwidern Sie in den Kriegsoffizieren vollends den Glauben an Gerechtigkeit, Vaterland und Republik, so können auch sie einst auf Gerechtigkeit keinen Anspruch erheben und auch die Kreise, denen Sie zuliebe dieses Werk geschaffen haben und deren Taten trotzdem nicht die Unterstützung zuteil werden lassen, die sie vielleicht von ihnen erhofften. Sie werden auch mit diesen Einparungen im Verlaufsansatz die Kapitalflucht nicht eindämmen können, wenn nicht bei diesen Volksverrätern auch mit starker Hand fest zugegriffen wird. Im Gegenteil, das an uns Einzelne wird weiter den übrigen Geldern ins Ausland nachwandern. (Beweis die letzten Wochen.)

Herr Reichsanstalt! Die Kriegsopfer sind nicht willens, sich dieses Ausnahmegesetz gefallen und damit zur Verzweiflung treiben zu lassen. Sie werden nicht eher ruhen und nicht eher rasten, bis dieses Gesetz beseitigt ist. Es liegt an ihnen und ihrem Kabinett, diese Beseitigung selbst und alsbald durchzuführen und es würde von uns als höchster Fehler bezeichnet werden, wenn die jegliche Regierung sich weiter mit dem Fluch der Kriegsopfer belassen wollte. Noch ist es für Sie Zeit, Herr Reichsanstalt, das Bibelwort, das auch in Ihrer Religion vornehmster Grundtext ist: „Kommet her zu mir alle, ihr Mühseligen und Beladenen usw.“, in die Tat umzusetzen. Noch können Sie sich unaussprechlichen Dank und Anerkennung von Millionen alter Kriegsgeliebten, Witwen, Waisen und Kriegsbeschädigten erwerben. Hilselustig blickt in letzter Stunde manches erschöpfte Auge nochmals zu Ihnen auf, kumm bittend: „Laß meine lieben Angehörigen nicht zurunde geben.“

Herr Reichsanstalt! Die Kriegsopfer erwarten von Ihnen eine Entscheidung in menschlichem Sinne durch Aufhebung der Notverordnung in aller nächster Zeit.

Mit vorläufiger Hochachtung.

Abdruck dieses Briefes wird den Herren Stegerwald, Reichsarbeitsminister, und Reichsfinanzminister Dietrich zugeweiht werden.

Ansturm auf die Sparkasse

Keine Sparguthaben gefährdet

In den letzten 6 Wochen 2 Millionen Mark Abhebungen

Die Mitteilung, daß die Darmstädter und Nationalbank (Danabank) illiquid ist und ihre Schalter geschlossen hat, fernerhin die anderen Nachrichten über die sehr ersten finanziellen Sorgen Deutschlands, haben dazu beigetragen, daß sich innerhalb der Bevölkerung eine Angststimmung für die den Geldinstituten anvertrauten Spargelder bemächtigte. Die Erfahrungen bei der Inflation ungeliebten Angebots hatten natürlich mit der Angststimmung noch mehr Nahrung zu geben. Und als weiterer Bundesgenosse unter den Panikstimmungsbildnern sind die Ritter vom Saferkreis anzusprechen, die seit Wochen und Monaten vom Bankrott Deutschlands reden und schreiben und ihre Politik auch tatsächlich auf ihn einstellen. „In 14 Tagen haben wir die Macht in den Händen“, so hört man doch die Nazis zur Zeit reden. Und daß auch jeder finanzielle und politische Kredit Deutschlands im Ausland zu Ende ist, sobald die Firma Hitler-Eugenbergs auch nur einen entscheidenden Einfluß gewinnt — von einer Vettererrettung der Macht ganz zu schweigen — dürfte jedem vernünftigen Menschen klar sein. Da wäre es nicht nur aus mit allem ausländischen Kredit, sondern auch aus mit der vollen Gehaltsauszahlung der Beamten. Das letzte uns der gestrige Montag in ganz deutlicher Sprache. Wäre die Atmosphäre des gestrigen Montags in der Nähe der Gehaltsauszahlung gefallen, so hätte mancher bitterlich angeblickte Beamte einen Anschauungsunterricht über seine persönliche politische Weisheit erhalten, der sicherlich zum Nachdenken Anlaß gegeben hätte.

Der gestrige Tag war also ein schlimmer Tag für die städtische Sparkasse und andere Geldinstitute. Gleich nach Öffnung der Schalter begann bei der Sparkasse der Ansturm auf Abhebung von Spargeldern, so daß nach einigen Stunden die Summe der Rückzahlungen eine derart beträchtliche Höhe erreichte, daß sich die Direktion vorsichtshalber gezwungen sah, die Abhebungen zu rationieren. Es wurde auf ein Sparguthaben nach ein Höchstbetrags von 100 M. bewilligt. Aber auch diese Maßnahme erwies sich als ungenügend, da die Abhebungen immer größeren Umfang annahmen, aber auf der anderen Seite die Sparkasse nicht die gewünschte und notwendige Summe an Bargeld erhalten konnte. In der Zeit von 3 bis 5 Uhr wurden 400 Abhebungen vollzogen. Mittlerweile zeigte sich schon Panikstimmung, in Massen strömten die Sparer herbei, um Abhebungen vorzunehmen. In langen Schlangen, wie zur Zeit des Kommunalverbandes vor den Lebensmittelgeschäften, standen die Leute. Auf dem Marktplatz stand die Menge von Gassern und sonstigen „Interessenten“, die immer dabei sind, wenn sie nichts zu suchen haben. Was hierbei an dummem Geschwätz von neuer Inflation usw. an den Mann oder an die Frau gebracht wurde, ist so unerantwortlich, daß man dieselbe Leute bestrafen sollte. Hitlerleute im politischen Babelsturm machten sich zumal besonders wichtig und ihr Lösungswort „Deutschland erwache!“, „heil Hitler“ war sehr oft vernnehmbar. Natürlich blüht sich so ein Hitlerbüßchen, der dabei inbaldige Sprüche herleiten kann, als das reinste politische und finanzielle Genie — es ist nichts zu dumm, es findet alles sein Publikum! So auch mit den Hitlerprühlern, daß die Nazis dort sich am wohlsten fühlen und auf ihre Rechnung kommen, wo der größte Durcheinander ist, ist ja bekannt. Darum auch ihre emsige Tätigkeit bei dieser Gelegenheit.

Mittlerweile wurde die Situation immer gefährlicher, die Polizei mußte einschreiten und den Platz von denjenigen Leuten säubern, die weder Geld abheben wollten, oder sonst etwas auf dem Marktplatz zu suchen hatten, die aber zu dem einzigen Zweck da waren, um Maulaffen feil zu halten. Bis gegen Abend war viel Leben auf dem Marktplatz, der inzwischen einkommende Regen setzte sich jedoch als der wirkungsvollste Ordnungshelfer und hefte Wagner, die Leute zum Weiter- bzw. Heimgehen zu veranlassen.

Ist die Angstpsychose der Sparkassen-Einleger berechtigt?

Diese Frage kann, wie auf einer gestern abend auf Veranlassung des Bürgermeisters stattgefundenen Pressebesprechung zu entnehmen war, mit einem entschiedenen Nein mit gutem Gewissen beantwortet werden.

Nächtliche Automobilwertungsfahrt um die Landeshauptstadt

Veranstaltet vom DAVC.

Im Hotel National wußte es am Samstag abend von Gästen, die zumeist der Fahrt beimohnten. Vor dem alten Bahnhof stand ein Fahrzeug neben dem anderen. Um 9 Uhr wurde eine Nummer nach der anderen aufgerufen. Das Kommando erscholl: Ein Rad. Wie Eile auf und davon. Richtung Friedrich! Dort bekamen wir die Karte ausgehändigt. In beachtlichem Tempo zogen Wald und Feld an uns vorüber. Der Himmel droben war klar und dicht mit Sternen überzogen. Bergauf und bergab, über abgelegene Wege, vorbei an schmucken Dörfern, die in schwachem Laternenlicht düster dreinschauten. Durch den Wald von nun an, immer höher hinauf und dann mit Windeseile wieder hinunter. Schwierige Kurven mußten überwunden werden. Sie stellten an den Wagen und die Lenkerin ziemlich große Anforderungen. Von ferne leuchtete der Merkur zu uns herüber. Am Maßberg vorbei ratterten wir durch Moosbrunn. Wir streiften das Naturfreundehaus, dessen Lichter durch den Tann schimmerten. Dann mit schönen Kurven, mit Tempo, Tempo, das Moosalbthal hinunter. Diese Fahrt hatte ihre eigenen Reize. Mit lauter Freude begrüßten wir unterwegs unsere Fahrkonkurrenten. Unter anderem mußten auch gefährliche Steigungen bewältigt werden. Obwohl wir da hinter das Feld etwas vom Wege abtamen und zum „mandrieren“ gezwungen wurden, was ein kleiner „Krausch“ zwischen dem weiblichen Steuer- und ihrem Partner zur Folge hatte, haben wir aber das Ziel noch erreicht.

In der gemütlichen Runde des Reichshofes seitigte die Preisverteilung ein Ereignis, das wir besonders herausgreifen möchten: Beste Tagesleistung: Herr Steinmann, Klasse III, 97 Punkte. Beste sportliche Leistung mit Motorrad: Herr Dreßler, 93 Punkte, Herr Burthard, Klasse II, Opel, 96 Punkte, Herr Wangel, Motorrad der Klasse I, 1. Preis. Erster Preis in der Sonderklasse von Einzelpersonen, Herr Zörner, mit 70 Punkten, Sonderklasse I: Herr Döber, wurde mit dem kleinsten Wagen besonders ausgezeichnet.

Die Gelder bei der städtischen Sparkasse sind sicher angelegt

Es herrscht gewiß momentan ein Mangel an Barmitteln, hervorgerufen durch verschiedene Umstände. Der Zusammenbruch des Nordmoll-Lobules und seine Auswirkung auf die an diesem Unternehmen beteiligte Danabank, die Zurückzahlung kurzfristiger Anleiheausgaben u. a., hervorgerufen durch die alorreiche Stilllegung, weiterhin die Einschränkung des Notenumlaufes sind u. a. Ursachen, die zu einer Verknappung des deutschen Geldumlaufes geführt haben. Der katastrophale Rückgang an Devisen bedingte eine Einschränkung des Papiergeldumlaufes, weil durch die Verminderung des Devisenbestandes zugleich auch die Deckung des Papiergeldumlaufes immer schwächer wurde. Dies hatte zur Folge, daß weniger Noten in Umlauf sind, was sich ganz natürlich auch bei der städt. Sparkasse wie bei anderen Bankinstituten fühlbar machte. Dazu kommt die Angst der Sparer, die dazu führte, daß mehr Geld abgehoben wurde, als die Kasse an neuen Einlagen zu verzeichnen hatte. Da gab es kein anderes Mittel mehr, als entweder die Schalter zu schließen, also sich gegen den Ansturm radikal zu wehren oder aber die Ausschüttungen zu rationieren. Direktion und Verwaltungsrat, der gestern zweimal tagte, beschritten unter Zustimmung des Stadtrats den letzteren Weg. Auch andere Kassen des Landes und der Stadt, wie z. B. die städt. Sparkasse Mannheim, sowie hiesige und auswärtige Banken taten dasselbe.

Es sei noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Überweisungen beim Giro-Verkehr wie bisher in voller Höhe erfolgen.

Die Unsinngigkeit unnötiger Abhebungen

Es ist nicht das Richtige, daß wenn die Nachbarin fragt, daß man das Geld bei der Sparkasse abheben soll, indem es nicht sicher sei, daß eine neue Inflation komme. Eine Nachbarin, oder ein anderer Mensch, der bereit gefähliche Redensarten führt, muß auf das Unverantwortliche seines Handelns aufmerksam gemacht werden.

Die Gelder bei der Sparkasse sind sicher angelegt

Nicht genug kann diese Versicherung gesagt werden. Erst vor kurzem ist der Rechnungsführer der Sparkasse für 1930 der Öffentlichkeit übergeben worden. Er zeigt, daß die

Sparkasse ausgezeichnet dasteht

Seit der Herausgabe des Berichts hat sie auch nicht einen Penny an Vermögen einbüßt, auch die Sicherung für die Einlagen ist nicht im geringsten zurückgegangen, auch nicht ein Einleger hat auch nur einen Reichspfennig eingebüßt.

95 Prozent der Spargelder sind in Goldmarkhypotheken angelegt

es kann also eine Entwertung niemals eintreten. Vor dem Krieg gab es nur Hypotheken, aber die Inflationserfahrungen haben das zu geführt, daß die Hypotheken nur in Goldmark eingetragten wurden und dementsprechend auch gesichert sind. Wo lieber Sparer, wozu die Angst? Wozu die unnötigen Abhebungen?

Was tut ihr mit den abgehobenen Geldern?

In den meisten Fällen wird es subalter auf die Seite gelegt. Ganz abgesehen davon, daß das Geld zu Hause bei einem Zusammenbruch usw. mehr an Wert verliert, wie wenn es bei der Sparkasse angelegt ist, wird bei einem Zusammenbruch des Geldes in der Wohnung der Geldumlauf immer noch knapper. Den Schaden hat der Einzelne und die Gesamtheit. Deshalb:

Habt Vertrauen zur Sparkasse, macht nicht unnötige Abhebungen.

Die Sparkasse haftet mit ihrem gesamten Vermögen, ebenso die Stadt, Kampf den Ansturmern und zugleich Vertrauen zur Sparkasse in eurem eigenen Interesse und dem Interesse der Allgemeinheit!

Zweitägiger Schalterstich

Auch die Sparkassen müssen Dienstag und Mittwoch nach der Notverordnung des Reichspräsidenten geschlossen bleiben.

Aus Organisationen und Vereinen

Fürjorge, Strafvollzug, Menschenwürde

„Heber, Das Los der straffällig gewordenen Menschen...“ sprach am Samstag in öffentlichem Vortrag Herr Vollo, Polizeihauptmann a. D. Seine Ausführungen, mit denen er aus eigener Initiative auf der Reise durch ganz Deutschland ist, wollen keine Anklagen gegen das heutige System sein, sondern die Basis verbessern, auf der abgehoben werden kann. Hier wird ja dem Staate jede ernste Hilfe verweigert sein. Denn was auch der Staat in dem so. Dreiflüßensystem und der Einrichtung von Anstaltsbehörden manches getan haben, was eine Entwertung von der bloßen Forderung nach Strafe zum Prinzip der Besserung erkennen läßt, so fängt doch die eigentliche Not des Straffälligen erst mit letzter Entlassung an. Da muß jener Staat eingreifen, der wir alle sind, der keine Rechtsform mehr, sondern die Gemeinschaft der Straffälligen im Helferwillen ist. Sie fühlen, daß über die Behütung vor Vergehen nicht immer persönliches Verdienst zu sein braucht, ja daß die Mäßigkeit zum Verbrecher in jedem Menschen liegt. Sie sehen, daß „Mäßigkeit“ allein unzureichend ist, wenn sie nicht zugleich jedem Menschen auch zu solchem Selbstvertrauen verhelfen will, daß er im Grunde seinen eigenen Weg zu gehen vermag. Sie wissen, was es über die Verhängung des Strafmaßes hinaus nötig ist, eine wahre Erkenntnis vom Wesen des Menschen zu verbreiten, damit der Einzelne den Glauben an den göttlichen Funken „Mensch“ wieder finden kann; die Erweiterung der vollkommenen Bildung, nicht nur nach der beruflichen Seite hin, wird das überlebensfähige. Die freie Vereinigung entlassener Straffälliger und ihrer Freunde (in Barmen), auf die der Redner am Schluß seiner Ausführungen hinwies, ist ein in dieser Art erster und hoffnungsvoller Versuch, den Entlassenen mit geistigem Nistens und wirtschaftlichen Mitteln an die Hand zu geben und damit gesunde soziale Verhältnisse zu begründen.

